

Harald Mahrer

Eigentum.



Wir sind dafür.

edition noir

JULIUS RAAB STIFTUNG

Harald Mahrer

Eigentum.

Wir sind dafür.

JULIUS RAAB STIFTUNG

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

2013 Verlag noir, Wien
Verlag noir, 1120 Wien, Tivoligasse 73
www.verlagnoir.at

Herausgeber: Julius Raab Stiftung
Grafik und Satz: dggd – Doris grussmann graphic design
Lektorat: Dr. Arnold Klaffenböck
Foto: Richard Tanzer
Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH
Printed in Austria

ISBN 978-3-9503483-2-3



Vorwort – Für mehr Eigentum

Seite 7

Eigentum in Gefahr

Seite 9

Eigentum in der Ökosozialen Marktwirtschaft

Seite 27

Agenda für Eigentum

Seite 35

Literatur

Seite 43



Vorwort – Für mehr Eigentum

Eigentum ist Diebstahl: Dieser altsozialistische Slogan scheint heute fröhliche Urständ zu feiern. Nach einer langen Phase, in der das Rütteln am Eigentum auch in Österreich ein politisches Tabu war, scheint dieser Konsens aufgekündigt zu sein. Eigentum steht im Visier alter und neuer Kapitalismuskritiker. Mit entsprechenden politischen Vorhaben, etwa Vermögenssteuern, wird auf die „Superreichen“ gezielt – und in Wahrheit der breite Mittelstand getroffen.

Doch wer am Eigentum der Menschen rüttelt, der rüttelt an der Freiheit einer Gesellschaft. Wer Eigentum wegnimmt, nimmt Wirtschaft und Gesellschaft einen entscheidenden Produktionsfaktor weg. Und wer Eigentum noch stärker umverteilen will, hat nicht verstanden, dass es darum geht, für uns alle einen größeren Kuchen zu backen.

Die Auseinandersetzung mit dem Wert des Eigentums hat die politische Ideengeschichte intensiv geprägt. Aus bürgerlicher Sicht ist klar: Eigentum ist eine wichtige Dimension und zugleich Voraussetzung von Freiheit. Die Freiheit, zu arbeiten, was wir wollen; auszugeben, was wir verdient haben; Eigentum aufzubauen, zu besitzen und zu nützen; und insgesamt den Staat als unseren Diener und nicht als Herrn zu haben: Das alles sind unverzichtbare Standards und Mindsets unserer Wirtschafts- und Sozialordnung.

In unserer Ökosozialen Marktwirtschaft geht es nicht um weniger, sondern um mehr Eigentum. Wir brauchen heute mehr Freiheit für Eigentum. Denn es schafft Unabhängigkeit und führt zu mehr Freiheit. Eigentum ist Vermögen für die Zukunft – für Individuen und für die ganze Gesellschaft.

Der vorliegende Essay will daher aufzeigen, wodurch unser Verständnis von Eigentum heute bedroht wird, warum Eigentum ein zentrales Prinzip unserer Wirtschafts- und Sozialordnung ist und wie moderne Eigentumspolitik aussehen muss.

Dr. Harald Mahrer
Präsident der Julius Raab Stiftung



Eigentum in Gefahr

„Das Eigentum ist unverletzlich.“
(Artikel 5 Staatsgrundgesetz von 1867)

Kaum ein Begriff ist mit der Erfolgsgeschichte von Freiheit, Recht und Demokratie so eng verbunden wie jener des Eigentums: In Fortsetzung der von den Griechen hervorgebrachten Herrschaft des Rechts in der antiken Polis hatten die Magistratsbeamten und Rechtsgelehrten des Römischen Reichs ein hochentwickeltes System des Privatrechts geschaffen, das die eigentliche historische Grundlage der modernen westlichen Rechtssysteme ist. Das römische Recht ermöglichte es, Privateigentum klar zu definieren.

Die Unterscheidung von Mein und Dein ist auch die Voraussetzung für die Entstehung der unabhängigen individuellen Person, der „persona“, von der Cicero (106 v. Chr. – 43 v. Chr.) sprach. Cicero hatte zum Thema Eigentum festgestellt: „Von Natur aus gibt es kein Eigentum (...) Ursprünglich gab es nur (...) Gemeinbesitz.“

Gemeinsam mit der Aufwertung der einzelnen Person gegenüber dem Kollektiv war das Recht auf Privateigentum ein Meilenstein in der Entwicklung des abendländischen humanistischen Denkens, dem wir Moderne, Rechtsstaat und Demokratie verdanken. Eigentum ist heute das umfassendste Herrschaftsrecht, welches das Recht über eine Sache zulässt. Eigentum ist in den meisten Verfassungen grundrechtlich geschützt und wird in zahlreichen Gesetzen (Bodenrecht, Mietrecht, Kaufrecht, Umweltrecht, Steuergesetze) geregelt.

Eigentum als Rechtsbeziehung

Ganz entscheidend ist das Eigentum für die wirtschaftliche Entwicklung. Warum gibt es Kauf und Verkauf, Darlehen und Kredit? Weder die Produktion noch der Tausch, sondern ein ganz anderes gesellschaftliches Element sorgt für diese zentralen ökonomischen Operationen: Es ist das Privateigentum, welches die Antike „erfunden“ und ab der Neuzeit eine dynamische Entwicklung genommen hat. Gunnar Heinsohn und Otto Steiger verweisen auf den engen Konnex des Eigentums mit der Freiheit, eine „nicht minder aufregende Institution.“

Die Ökonomen betonen den wichtigen Unterschied zwischen Eigentum und Besitz: „Besitz bedeutet immer Rechte zur Verfügung über und damit die physische Nutzung von bestimmten Gütern oder Ressourcen und ist unabhängig davon, ob Eigentum existiert oder nicht.“ Freie Belastbarkeit, freie Verpfändbarkeit und natürlich Verkaufbarkeit sind hingegen die besonderen Qualitäten des Eigentums.

Eigentum und Besitz stehen einander nach den Befunden der Ökonomen meist gegenüber: etwa als Grundeigentümer und Pächter, als Aktionär und Manager, als Vermögenseigentümer und die Bank als Vermögensbesitzer. Das zeigt: Es ist ein grundlegender Unterschied, ob jemand nur Besitzer oder Eigentümer ist – und als Eigentümer sein Eigentum belasten, verpfänden und verkaufen kann. Die damit verbundenen Potenziale hat nur das Eigentum, über das man frei disponieren kann. Eigentum bedeutet natürlich nicht, dass es ein unmittelbares Recht an einer Sache gibt. Es ist, wie auch Immanuel Kant betont hat, letztlich ein Rechtsverhältnis zwischen Personen.

Wichtig ist auch der Hinweis, dass zwischen Verschuldung und Eigentumsverlust ein „eiserner Konnex“ besteht, aus dem alles Wirtschaften zu erklären ist. Das wird von der Ökonomie oft übersehen oder ignoriert. Doch auch die Praxis zeigt: Der Weg in Schuldenfallen ist beim Verlust von Eigentum oft sehr kurz.

Eigentum wirkt

Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass uns die Wissenschaft nicht genau erklären kann, wie Eigentum entstanden ist. Wir wissen, dass es nicht von Beginn der Menschheitsgeschichte Eigentum gegeben hat. Aber vieles deutet darauf hin, dass antifeudale Revolutionen in Altertum und Neuzeit zum Eigentum geführt haben, wie auch Heinsohn und Steiger argumentieren.

Der Weg zum Eigentum ist deshalb zuallererst eine Emanzipationsgeschichte in Richtung Freiheit und Autonomie – und in der Folge eine Erfolgsgeschichte in Richtung Wohlstand und Sicherheit. Dass die Schaffung von Eigentum von der Ökonomie und von der Politik vergleichsweise wenig untersucht und beachtet wurde, mag wohl daran liegen, dass das Schaffen von Eigentum per se am jeweiligen Gut nichts ändert. Ein gekauftes Grundstück sieht durch den Eigentumserwerb nicht anders aus – und es ist natürlich auch nicht größer.

Das ökonomische Potenzial des Eigentums liegt in der absoluten Freiheit des Eigentümers – die natürlich Missbrauch nicht ausschließt –, mit dem Eigentum nach eigenem Ermessen umgehen zu dürfen und es daher auch zu belasten, zu verpfänden oder zu verkaufen. Das ist die Grundlage für wirtschaftliche Dynamik. Das ist die Grundlage dafür, dass Eigentum für Individuen und Gesellschaft eine enorme positive Wirkung entfalten kann.

Endloser Eigentumsdiskurs

Im Gegensatz zur von der Ökonomie vergleichsweise wenig beachteten Rolle des Eigentums für wirtschaftliche Entwicklung füllen die philosophischen Begründungen und Diskurse rund um Eigentum Bände. Sie reichen von Platon und Aristoteles über John Locke und Adam Smith bis hin zu Karl Marx, John Rawls und Jürgen Habermas. Auch die katholische Soziallehre versteht Eigentum als notwendigen Faktor zur Verwirklichung der individuellen Freiheit. Das Zweite Vatikanum machte deutlich, dass Privatei-

gentum zur „Selbstdarstellung der Person“ beiträgt und „den unbedingt nötigen Raum für eigenverantwortliche Gestaltung des persönlichen Lebens jedes Einzelnen und seiner Familie“ schafft. Das Recht auf Eigentum müsse somit „als eine Art Verlängerung der menschlichen Freiheit“ betrachtet werden. Das ist ein wichtiger Hinweis auch für katholisch motivierte Eigentumskritiker und Umverteilungseuphoriker.

Freiheit, Gerechtigkeit und bürgerliche Eigentumsordnung

„Das neuzeitliche europäische Eigentumsrecht verstand sich meistens nicht nur als effiziente Verwaltungsform, die sich von den Sozialsystemen der Termiten und Biber nur durch die Medien der Vermittlung und den Grad der Komplexität unterscheidet, sondern versuchte sich in die Freiheitsphilosophie zu integrieren; das Eigentum ist demnach mit menschlicher Freiheit nicht nur vereinbar, sondern ist unabdingbarer Bestandteil dieser Freiheit. Es ist entsprechend nicht nur sozialverpflichtet, sondern unterliegt der Idee einer gerechten Freiheitsordnung der bürgerlichen Gesellschaft. Die Kompatibilität von Freiheit, Gerechtigkeit und bürgerlicher Eigentumsordnung wurde andererseits im 19. Jahrhundert auf hohem theoretischem Niveau bestritten. Die Träume dieser Theorie sind ausgeträumt, und die Welt wird nicht mehr nach ihren Vorgaben verändert; heute besteht die Gefahr, dass das Eigentum sich faktisch in ein zerfasertes Bündel von unübersichtlichen Ansprüchen und Auflagen auflöst und der spannungsgeladene Zusammenhang von Freiheit, Gerechtigkeit und der Limitation des Eigentums aus dem Blick gerät“, bilanziert Reinhard Brandt treffend die philosophische Debatte.

Umso wichtiger ist es, dem Eigentum in der öffentlichen Debatte und in der Politik jenen Stellenwert für unsere Wirtschafts- und Sozialordnung zukommen zu lassen, der ihm gebührt – und damit auch sicherzustellen, dass es zu keiner „Zerfaserung“ von Eigentum kommen kann.

Selbstbewusste Eigentumsbürger

Eigentum als Ausdruck der individuellen Freiheit, Eigentum als Ergebnis individueller Leistung, Eigentum als Dimension persönlicher Verantwortung für die Zukunft: Eigentum ist ein grundlegendes Konzept unserer zur Ökosozialen Marktwirtschaft weiterentwickelten Sozialen Marktwirtschaft.

Eigentum bewegt uns als Individuen wie als Gesellschaft. Denn es schafft Unabhängigkeit und führt zu mehr Freiheit. Kein Wunder, dass die totalitären Regime des 20. Jahrhunderts dem Eigentum den Kampf angesagt hatten. Die Geschichte hat indes ihr Urteil über Politiken und Ideologien gesprochen, in denen privates Eigentum verpöht oder gar verboten war.

Die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards – die Grundlage für das deutsche Wirtschaftswunder, das so positiv für Österreich wirkte – war auch ein politischer Entwurf zur Wiederherstellung einer Gesellschaft selbstbewusster Eigentumsbürger nach den Verwerfungen durch den Totalitarismus. Eigentum ist und bleibt eine gewaltige positive Antriebskraft für Freiheit und Zukunft.

Eigentum auf dem Prüfstand

Umso fragwürdiger ist es, dass das Konzept des Eigentums heute gezielten Erosionsprozessen unterliegt. Die Erfolgsgeschichte des Eigentums wird systematisch unterminiert – im Namen von Politik, aber auch im Namen von Technologien. Es scheint, als würde ein zentrales Prinzip unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gezielt in die Bedeutungslosigkeit verfrachtet werden.

Verfolgt man die aktuellen Entwicklungen, dann sind es mindestens drei Ansatzpunkte, an denen sich die Gegner von privatem Eigentum versammelt haben, um ein missliebiges Fundament unserer Gesellschaft in Misskredit oder sogar zu Fall zu bringen: Es handelt sich dabei um die Aufweichung des

Eigentumsbegriffs via Internet, um gezielte politische Enteignungsversuche auf dem Weg der Steuerpolitik und um die Renaissance der Staatswirtschaft.

Zeitalter geistigen Eigentums abgelaufen?

Das Internet verändert alles, sagen viele. Auch unser Verständnis von Eigentum, fürchten – leider nur wenige – andere. Beispielhaft ist die internationale Debatte über „intellectual property“, geistiges Eigentum. Dabei stehen wenige Verteidiger von Eigentum und (Urheber-)Recht der Masse der Proponenten einer Internet-Gratis-Kultur gegenüber. „Das Zeitalter von Copyright und geistigem Eigentum ist abgelaufen. Eine Entwicklung, die sich schon in den technischen Grundlagen des Internet manifestiert hat, ist in den Nutzungspraktiken der jungen Generation zum Leben erwacht und bringt eine neue Ökonomie des Teilens und des offenen Zugangs hervor“, postulierte etwa die Ars Electronica. Und: „Denn egal, von welcher Seite man sich der Frage nähert – von den Netzpiraten über die Neuerfinder der Allmende zu den Pionieren einer Sharing Economy oder den Apologeten der Creative Industries – wenn Wissen und Content tatsächlich das neue Kapital der postindustriellen Gesellschaft sein sollen, dann muss es fließen, dann muss es zugänglich sein, für alle.“ In dieser Argumentation steckt freilich ein fundamentaler Irrtum, denn „fließendes Kapital“ ist ohne Eigentumsrechte nicht möglich. Es sind ja gerade die Eigentumsrechte, die den Einsatz von Kapital erst möglich machen. Darauf basiert unsere gesamte Wirtschafts- und Sozialordnung.

Elektronischer Kommunismus

Es steht außer Frage, dass die Vision einer Sharing Economy eine interessante Perspektive ist, sofern sie ökonomische Wettbewerbsmechanismen klug mit einer neuen Kooperationskultur verknüpft. Aber die Internet-Wissengesellschaft soll nicht dazu herhalten müssen, einem neuen elektronischen Kommunismus das Wort zu reden.

Nichts spricht gegen eine „Kultur des Teilens“, wie sie zahlreiche Online-Theoretiker einfordern. Aber alles spricht für eine kluge Kultur des Wettbewerbs, die nach wie vor das beste Verfahren zur Entdeckung von Zukunft ist. Von ihrer Dynamik lässt sich freilich ohne gesicherte Eigentumsrechte nicht profitieren. Wie sie unter den neuen Bedingungen der Wissensgesellschaft im Internet-Zeitalter gesichert werden kann, das ist eine Frage, die man jedenfalls nicht durch die postulierte Abschaffung des geistigen Eigentums beiseiteschieben kann. Das wäre blanker Internet-Populismus.

Vermögen als Problem?

Blanker Populismus prägt auch die Umverteilungs- und Steuerdebatte, die Österreich nicht nur im Superwahljahr 2013 beschäftigt. Die unterschwellige Botschaft an die Neidgenossenschaft ist klar: Eigentum ist das Problem. Und daher muss man „vermögende“ Eigentümer durch Umverteilung und Substanzbesteuerung davon befreien. Eigentumssteuern bedeuten nämlich nicht, wie die SPÖ offiziell argumentiert, dass Kapital belastet und Arbeit entlastet wird. In Wirklichkeit sind Eigentumssteuern bloß ein weiteres Instrument der Umverteilung.

Als probatestes Mittel dafür gilt die Vermögensbesteuerung – eine echte Substanzbesteuerung. Was als „Strafsteuer für Superreiche“ etikettiert wird, bringt freilich nur als Massensteuer für den Mittelstand relevante Einnahmen. Eine entsprechende Vermögenssteuer wird daher für eine Lebensversicherung, eine Firmenbeteiligung, Pensionsansprüche, ein Sparbuch, das Eigenheim, ein Auto, Schmuck, die Briefmarkensammlung oder Kunstgegenstände gelten müssen. Sie trifft somit grundsätzlich alle Personen, die Eigentum besitzen. Selbst wenn es Freibeträge gibt – also einen Wert, bis zu dem Vermögen nicht versteuert werden muss –, würde eine Vermögenssteuer dazu führen, dass jeder Bürger laufend und auf eigene Kosten feststellen müsste, welchen Wert sein gesamter Besitz hat. Nur dann weiß er, ob die Freibeträge für ihn zutreffen und er zu versteuerndes Vermögen hat.

Massiv treffen würde eine solche Eigentumssteuer die Unternehmen. Denn hier sind die größten Vermögenswerte daheim. Genau deshalb wurde die Vermögenssteuer ja 1993 unter einer SPÖ-geführten Regierung (Bundeskanzler Vranitzky, Finanzminister Lacina) abgeschafft: 80% des Aufkommens der Vermögenssteuer waren von Unternehmen getragen worden.

Auch ein hoher Vermögenssteuer-Freibetrag für Betriebe (z. B. 1 Mio. Euro) könnte nicht verhindern, dass die Wirtschaft zum Handkuss kommt, massive Wettbewerbsnachteile erleidet und letztlich Arbeitsplätze abbauen muss. In vielen Branchen sind technische Maschinen oder Betriebsgelände erforderlich, deren Wert über solch einem Freibetrag liegt. Das zeigt schon ein einfaches Beispiel: Ein durchschnittlicher österreichischer Tischlereibetrieb im ländlichen Raum mit zwölf Mitarbeitern, vier Lehrlingen, einer Betriebsfläche von 1.100 m² und drei Fahrzeugen kommt in einer Modellrechnung bereits auf ein Gesamtvermögen von 1,769.000 Euro. Der notwendige Grund, das Betriebsgebäude, Maschinen und Werkzeuge, Material und Lagerbestände, Fahrzeuge, Büromaschinen und Büroausstattung sowie offene Forderungen – das alles hat seinen Preis und eben auch einen „Wert“, ohne den man nicht wirtschaften kann. Aber es hat sicher nichts mit „Reichtum“ zu tun.

Folgen einer Eigentumssteuer

Eine Studie des Instituts für Höhere Studien (IHS) im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich zeigte zuletzt im Detail, welche Effekte eine Vermögenssteuer hat. Ihre zentralen Aussagen:

- ➡ Der soziale Ausgleich ist in Österreich besonders stark ausgeprägt. Bei der Umverteilung der Einkommen liegt unser Land an der OECD-Spitze. Die überdurchschnittlich hohe Gleichheit der verfügbaren Einkommen dokumentiert der Gini-Koeffizient mit einem Wert von 0,4 (0 = völlige Gleichverteilung, 1 = maximale Ungleichverteilung). Das Nettopensionsvermögen ist sogar noch gleicher verteilt als das Einkommen.

- Die starke Umverteilung hat ihren Preis. Der Anteil der Steuern und Sozialabgaben am BIP in Österreich beträgt bereits über 40%. Wir sind damit im OECD-Vergleich ein absolutes Hochsteuerland. Zwei Sparpakete haben zuletzt neue Steuern gebracht – darunter die Vermögenssteuer „Bankensteuer“ (Stabilitätsabgabe für Banken) und die „Solidarabgabe“.
- Die Steuerschraube kann nicht noch weiter zuge dreht werden. Neue Steuern auf Eigentum würden den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich erheblich unter Druck setzen. Das kann sich unser Land gerade in wirtschaftlich fordernden Zeiten nicht leisten.
- Alle wollen mehr Wachstum, doch die Vermögenssteuer bringt das Gegenteil. In der geplanten Höhe von einer Milliarde Euro würde sie für einen BIP-Rückgang von 0,65% sorgen. Die Investitionen sinken dabei um 1,25% und die Beschäftigung fällt um 0,24% geringer aus. Weniger Ersparnisse, weniger Erwerbsbeteiligung, weniger Investition und Innovation, dafür aber mehr Abwanderung in die Schattenwirtschaft und ins Ausland: Das sind die wahren Effekte von neuen Eigentumssteuern.
- Die geplante Vermögenssteuer widerspricht dem Grundsatz, dass ein Steuersystem einfach, effizient und fair sein muss. Sie greift gerade dann hart zu, wenn wenig Kapitaleinkommen vorhanden ist. Die Eigentumssteuer würde nicht Reiche, sondern sofort den Mittelstand treffen. Außerdem ist sie ein Bürokratie-Monster: Damit dem Staat 1 Euro bleibt, müssen zwischen 1,3 und 2 Euro eingehoben werden.
- Die ohnehin schon schwierige Finanzierung würde für viele Unternehmen noch weiter erschwert: Eine zusätzliche Eigentumssteuer von 0,5% entspricht einer KEST-Erhöhung um mindestens zehn Prozentpunkte auf 35%. Das bedeutet für Unternehmen existenzielle Nachteile: eine geringere Netto rendite und höhere Finanzierungskosten.

- Für die in Österreich ohnehin hoch besteuerten Unternehmen kann es zu einem schmerzhaften Substanzverlust kommen: Denn die Eigentumssteuer muss auch bei Scheingewinnen (die aufgrund der Inflation entstehen) und trotz Verlusten gezahlt werden. Das ist glatte Enteignung – und Gift für den Standort.
- Eine Vermögenssteuer gilt für das gesamte Eigentum: Auch erarbeitetes Pensionsvermögen ist von einer Vermögenssteuer betroffen. Das Pensionsvermögen liegt in Österreich im Durchschnitt beim Achtfachen des Jahresgehalts. Die Vermögenssteuer bedeutet somit weniger Sicherheit im Alter.

Fazit: Vermögensbezogene Steuern reduzieren in erster Linie die Nettoendite der heimischen Sparer und schmälern das im Inland angesparte Finanzvermögen. Bei den KMU führen diese persönlichen Steuern der Anteilseigner unmittelbar dazu, dass sich die Kapitalkosten erhöhen, die Investitionstätigkeit direkt beeinträchtigt und die Wertschöpfung gemindert wird. Eine andere und nicht weniger verhängnisvolle Form der Steuervermeidung ist Kapitalflucht, indem Investoren bei übermäßiger Vermögensbesteuerung ins Ausland abwandern, warnt das IHS. Mit anderen Worten: Die „Superreichen“, die man ja treffen will, wären ohnehin sofort weg.

Dreifachbesteuerung von Eigentum

Die Bilanz ist klar: Vermögenssteuern auf Betriebsvermögen vernichten Arbeitsplätze und behindern Investitionen. Vermögenssteuern auf Wohnungen und Häuser treffen den bereits stark belasteten Mittelstand, einerseits „Häuslbauer“ und andererseits – über Betriebskosten – auch die Mieter. Vermögenssteuern auf die privaten Sparguthaben, Kapitalanlagen und sonstiges „privates Vermögen“ wie Schmuck, Autos, Briefmarkensammlungen usw. der Österreicher führen zu einer Schnüffelsteuer auf Eigentum, knabbern an den Ersparnissen bzw. am hart erarbeiteten Wohlstand und reduzieren die eigene Vorsorge für Alter oder Krankheit.

Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wäre zudem eine Dreifachbesteuerung von Eigentum: Zuerst wird Einkommen besteuert. Wenn gespart und daraus Vermögen gebildet wird, werden die Einkünfte daraus mit der Kapitalertragssteuer belegt. Vermögenssteuern wären dann die dritte steuerliche Belastung. Sie werden auch dann wirksam, wenn keine Einkünfte erzielt werden. Genau das ist blanke Enteignung.

Wie jede andere Vermögenssteuer wäre auch eine Erbschafts- und Schenkungssteuer eine ungerechte Dreifachbesteuerung. Und eine systematische Verletzung des Freiheits- und Eigentumsrechts. Denn es kann nicht sein, dass jemand mehr Steuern bezahlen muss, weil er sein hart erarbeitetes und gespartes Geld nicht für sich selbst ausgibt, sondern seinen Verwandten – in der Vielzahl der Fälle seinen Kindern für bessere Zukunftschancen – zukommen lassen will.

Beispiel Wohnen

Besondere Aktualität hat die Eigentums-Debatte beim Thema Wohnen. Hier lassen sich auch deutlich die Mechanismen zeigen, welche die Eigentumsbildung politisch gefährden.

Tatsache ist: Wohnen ist teuer. Viele Menschen – ob allein oder mit Familie – müssen heute einen Großteil ihres Einkommens für Wohnkosten ausgeben. Gründe dafür gibt es viele:

- So investieren wegen kommunaler und staatlicher Sparzwänge – hinter denen oft lange Jahre maßloser Ausgabenpolitik und öffentlicher Misswirtschaft stehen – Gemeinden immer weniger in den Wohnbau. Dadurch werden weniger Wohnungen errichtet, das Wohnungsangebot wird knapper.
- Hohe Wohnpreise hängen auch mit der Begrenztheit und den Kosten für Grund und Boden zusammen. In einem Land wie Österreich ist potenzieller Wohnraum nicht nur im städtischen Bereich, sondern auch durch natürliche Gegebenheiten begrenzt.

- Bauen ist aufgrund neuer Baustandards und teurerer Baumaterialien, aber auch durch die höheren Energiekosten eindeutig teurer geworden. Der Baukosten-Index ist in den letzten Jahren überproportional gestiegen.
- Auch die Veränderungen in unserer Gesellschaft haben zu vermehrtem Bedarf an Wohnraum geführt. Waren früher oft sogar drei Generationen unter einem Dach untergebracht, gibt es heute viele Singlehaushalte und auch Zweitwohnungen. Dadurch steigt der Bedarf an Wohnraum. Und aus Angst vor Inflation, aus Sicherheitsdenken, aber auch aus Spekulationsgründen investieren immer mehr Menschen in Immobilien. Das heizt die Preise auf dem Wohnungsmarkt zusätzlich an.

Falsche Antworten

In den letzten vier Jahren gab es österreichweit einen Anstieg der Grundstückspreise um fast 20%. Die Nachfrage nach Grundstücken in Österreich hat in den vergangenen dreieinhalb Jahren um 18,5% zugelegt. Die Preise für Häuser und Wohnungen haben noch viel deutlicher zugelegt. Vor allem für junge Menschen und Jungfamilien sind die „eigenen vier Wände“ kaum oder nicht mehr finanzierbar. Das ist aber genau jene Gruppe, die am häufigsten vor der Entscheidung steht, erstmals Eigentum zu erwerben oder nicht. Der durchschnittliche Preisanstieg für eine neue Eigentumswohnung in Wien liegt bei etwa 16% allein in den letzten beiden Jahren. Einige Bezirke liegen weit darüber.

Die politischen Antworten von SPÖ und Grünen auf diese Herausforderungen sind bekannt – und falsch: Sie wollen Eigentum beschränken und Obergrenzen für Mieten einführen. Damit schafft man aber keinen einzigen Quadratmeter neuen Wohnraum. Im Gegenteil: Mietzinsbeschränkungen führen kurzfristig zu einem Nachlassen und mittelfristig zu einem Erlahmen des Wohnungsmarktes. Das löst keine Probleme, sondern verschärft sie. Aber nicht nur das: Klassische linke Steuerpolitik will die Steuerschraube insbesondere für den Mittelstand noch weiter zudrehen.

In der Steuerfalle

Dieses Problem wird vielfach unterschätzt, ist aber fundamental: Aufgrund der hohen Kosten und der bereits jetzt starken steuerlichen Belastung ihrer Einkommen verschieben viele junge Menschen den Zeitpunkt eines möglichen Eigentumserwerbs zunehmend auf später. Experten sprechen hier von Zeiträumen von bis zu zehn Jahren. Würde man das Einkommen dieser Menschen durch höhere Einkommens- und Eigentumssteuern (auf Sparguthaben) noch stärker belasten, hätten sie einerseits weniger Möglichkeiten zum Ansparen und andererseits weniger Spielräume, um ein – meist ebenso notwendiges – Darlehen für die Schaffung von Eigentum zu finanzieren. Sie sitzen in der Steuerfalle fest.

Der Teufelskreis zwischen immer stärkerer Einkommens- und Eigentumsbelastung und immer höheren Kosten für Eigentumsbildung muss durchbrochen werden.

Sonst wird Eigentumsbildung nicht nur massiv erschwert, sondern nahezu unmöglich gemacht. Dabei wünschen sich laut einer Studie der Integral Markt- und Meinungsforschungs GmbH 66% der Österreicher ein Haus im Eigentum und 25% eine Eigentumswohnung.

Anschlag auf die Generationensolidarität

Das politische Verhindern von Eigentumserwerb ist nicht nur ein Anschlag auf die bürgerliche Freiheit, Eigentum zu besitzen und darüber zu verfügen, es ist auch ein Anschlag auf die innerfamiliäre Generationensolidarität. Denn viele Menschen wollen sich Eigentum auch deshalb schaffen, um damit für die Pension vorzusorgen – und ihr Eigentum später einmal ihren Kindern und Enkelkindern vererben zu können.

Aber das alles ist ohne Eigentum nicht möglich. Eigentumsbesteuerung ist Familienbesteuerung. Das Besteuern und Verhindern von Eigentum ist ein Anschlag auf den Mittelstand – und der eigentliche Grund dafür, dass heute von einem Abstieg der Mittelschicht gesprochen wird. So werden aus eigenständigen Bezahler abhängige Bezieher staatlicher Leistungen gemacht. Eine starke Mittelschicht im Land braucht Eigentum. Der Traum vom Eigentum etwa in Form eines Eigenheims muss erfüllbar bleiben. Sonst ist auch die Idee des sozialen Aufstiegs in Gefahr, die unser Wirtschafts- und Sozialmodell konstituiert.

Verstaatlichung von privatem Eigentum?

Eine dritte Angriffswelle gegen das Eigentum besteht in der Neuaufgabe sozialistischer Verstaatlichungspolitik. Diese wird als logische Konsequenz aus der Finanz- und Wirtschaftskrise hingestellt: Weil angeblich die Privatwirtschaft versagt habe, sei es notwendig, dass wieder der Staat das Ruder in die Hand nimmt, heißt es. Dass die Krise ganz wesentlich auf staatliche Schuldenpolitik zurückgeht, übersehen die Verstaatlichungs-Fetischisten großzügig. Sie verschweigen ihre eigene Täterschaft, die eigene Mitschuld an der jetzigen Problemsituation.

Absurd wird es spätestens dann, wenn – wie in Wien – jene vor einer Privatisierung kommunaler Unternehmen warnen, die Garnituren der Wiener Linien, das Rechenzentrum der Stadt sowie Teile des städtischen Kanalnetzes an ausländische Investoren im Zuge von „Cross-Border-Leasing“-Verträgen verkauft haben. Stadt und Staat sind nicht nur schlechte, sondern auch überaus doppelbödige „Unternehmer“.

Gemeinwohl statt privates Eigentum?

Die faktische Verstaatlichung privaten Eigentums hat das Konzept der „Gemeinwohl-Ökonomie“ im Fokus. Ihr „Erfinder“ Christian Felber fordert etwa die Top-Down-Vorgabe eines Ziels für Unternehmen, denn Unternehmen sollen ja dem „Gemeinwohl“ dienen.

Diese Forderung macht deutlich, dass es in der Gemeinwohl-Ökonomie eine freie Wirtschaft nicht mehr geben wird. Vielmehr wird „von oben“ festgelegt, was produziert oder nicht produziert werden soll. Damit stellt sich die Frage, wer die Vorgaben festlegt, wie diese durchgesetzt werden und welche Freiheit dem einzelnen Unternehmer noch bleibt. Da es Wettbewerb als Korrektiv in seiner Konzeption auch nicht mehr geben soll, bleibt nur die Möglichkeit, mit einer starken Exekutive und hierarchischen Strukturen den vermeintlichen Willen der Gesellschaft auch gegen Minderheiten durchzusetzen.

Felber schlägt auch vor, das Erbrecht auf 500.000 Euro zu begrenzen. Damit wird das Gebot verletzt, dass Einkommen nicht doppelt besteuert werden dürfen. Warum sollte ehrlich verdientes und versteuertes Geld ab einem bestimmten Betrag zu 100 Prozent enteignet werden? Überlegungen zum Erbrecht bedürfen immer auch der Analyse des gesamten Steuersystems, damit der Grundsatz der Steuergerechtigkeit nicht verletzt wird.

Versuche dieser Art, dem Eigentum zu Leibe zu rücken, hat es bereits öfter gegeben – im Kommunismus und Sozialismus. Die als Zukunftskonzept propagierte Gemeinwohl-Ökonomie läuft in der Praxis auf eine Gemeinwohl-Diktatur hinaus. Freiheit und Eigentum sind darin nichts mehr wert. Kein Wunder: Nach Christian Felber ist Gleichheit ein absolutes Prinzip, während Freiheit nur relativ ist. Tatsache ist freilich: In unserer Ökosozialen Marktwirtschaft ist die Freiheit der alles entscheidende Wert. Freiheit ist die Basis für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, und wirtschaftliche Leistung ist wiederum die Grundlage für Solidarität in Form des Sozialstaates. Für wen Freiheit nur ein relativer Wert ist, der stellt den grundlegenden Wert unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung infrage. Die rechtliche Gleichheit aller Menschen bedeutet nicht, dass zwangsläufig auch hinsichtlich Einkommen oder Eigentum alle gleich viel oder gleich wenig haben müssen.

Eigentum am Wendepunkt

Politische Angriffe auf privates Eigentum waren in unserer Wirtschafts- und Sozialordnung die längste Zeit so etwas wie ein Tabu. Dass es in jüngster Vergangenheit gehäufte Attacken auf den Wert des Eigentums gibt, ist ein gesellschaftspolitisches Alarmsignal.

Es zeigt an, dass es mit der gesellschaftlichen Visibilität der Werte und Grundprinzipien unserer Sozialordnung offenbar nicht weit her ist. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, privates Eigentum in all seinen Dimensionen wieder zum Gegenstand der politischen Debatte zu machen. Denn Eigentum ist unverzichtbare Grundlage einer erfolgreichen Ökosozialen Marktwirtschaft – ganz im Gegensatz zu einer Schuldenwirtschaft, in der die Hebelwirkung von Eigentum für Wachstum und Wohlstand nicht genutzt werden kann.

Maß halten

Dazu kommt, dass Eigentum auch eine gesellschaftliche Haltung repräsentiert, die heute immer wichtiger ist: nämlich jene, dass auch der Verzicht für das Erreichen von Zielen notwendig ist. Wer Eigentum erwerben will, muss sparen. Wer spart, muss sich einschränken und verzichtet auf Konsum. Er lebt maßvoll. Und so ist Eigentum auch Ausdruck eines maßvollen Lebens, ganz im Sinn des Nachhaltigkeitsgedankens.

Umso gravierender ist es, jene durch Eigentumssteuern zu bestrafen, die auf etwas verzichten, um Eigentum zu erwerben und es z. B. ihren Kindern weitergeben zu können. Der Eigentumserwerb ist Ausdruck persönlicher Freiheit. Jene, die leisten und sparen, dürfen nicht diskriminiert werden. Der Staat hat nicht in ihre persönliche Lebensplanung ein- und auf ihr Eigentum zuzugreifen.

Ein neuer Eigentumsdiskurs muss auch in eine moderne Eigentums politik einfließen. Die Eigentums- und Vermögensbildung breiter Schichten muss gefördert werden, statt Eigentum – etwa durch

Vermögenssteuern, die Enteignungen bedeuten – zu bestrafen bzw. in seinem Wert zu mindern. Eigentum bedeutet Freiheit in der Gegenwart und vor allem auch Freiheit in der Zukunft. Wollen wir morgen davon profitieren, müssen wir uns heute darum kümmern. Denn eine Gesellschaft, die mit Blick auf die Zukunft mehr Vermögen will, braucht auch mehr Vermögen.



Eigentum in der Ökosozialen Marktwirtschaft

„Jede Person hat ein Recht auf Achtung ihres Eigentums.“
(Artikel 1 Zusatzprotokoll zur
Europäischen Menschenrechtskonvention)

Das berühmte Zitat „Eigentum ist Diebstahl“ des französischen Sozialisten bzw. Anarchisten Pierre-Joseph Proudhon hat die politische Linke in ihrem Verhältnis zum Eigentum lange Zeit geprägt – und tut es offenbar auch heute noch. Dabei ist Ablehnung von privatem Eigentum und seine Denunzierung als Diebstahl ein kleiner Widerspruch in sich: Diebstahl gibt es nur dann, wenn es auch Eigentum gibt.

Abhängig oder unabhängig?

Das gespaltene Verhältnis zum privaten Eigentum kennzeichnet Politiken links der Mitte nach wie vor. Man akzeptiert Eigentum als notwendiges Übel. Aber politisch dafür erwärmen kann man sich nicht wirklich. Auffällig ist jedenfalls der rein instrumentelle Zugang zum Thema Eigentum. Er hat seine Gründe: Mit Eigentum in öffentlicher Hand ergibt sich die Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger zu Staatsklienten – und damit abhängig – zu machen. Mit Bürgerinnen und Bürgern, die selbst Eigentum haben und es für ihre Zwecke nutzen können, ist dies nicht möglich.

Direkter Zugriff auf Menschen

Ein Beispiel dafür ist die Wohnpolitik. Während bürgerliche Politik auf Privateigentum setzt, fördert traditionelle linke Politik mit staatlicher Wohnbaupolitik Wohnungen in öffentlichem Eigentum, die dann vergleichsweise günstig vermietet werden. Das Ergebnis sind „Wohnräume“, die auch den politischen Zugriff auf die Menschen, die darin wohnen, ermöglichen.

Die Geschichte der Wiener Gemeindebauten ist nicht nur eine sozialpolitische Geschichte (die freilich damit endet, dass schon lange nicht mehr nur Bedürftige darin wohnen können). Sie ist auch eine Geschichte der Organisation einer politischen Bewegung, die möglichst direkten Zugriff auf Menschen haben möchte. Und das geht nur, wenn die Menschen nicht nur im Beruf – im Staatsbetrieb –, sondern auch beim Wohnen – im Gemeindebau – materiell von Staat und Partei abhängig sind. Die Bedeutung der Gemeindebauten für die politische Mobilisierung der SPÖ für ihre „Anhänger“ ist nach wie vor groß.

„Modellversuche“ ohne Eigentum

Was passiert, wenn es kein verbrieftes Recht auf Eigentum gibt, das erlebten – und erleben – wir seit vielen Jahrzehnten in riesigen „Modellversuchen“ in Echtzeit. Die Rede ist einerseits vom „Modellversuch“ des Kommunismus, den die Geschichte mit wenigen Ausnahmen auf der globalen Landkarte weitgehend hinweggefegt hat. Die Lehren daraus gelten aber nach wie vor.

Einen „Modellversuch“ ohne verbrieftes Eigentum beobachten wir andererseits nach wie vor in Ländern der sogenannten „Dritten Welt“. Die Gründe für deren wirtschaftliche Rückständigkeit und skandalöse Armut wurden lange in ungünstiger klimatischer Lage oder in der Kolonialgeschichte gesehen. Das alles mag seine Auswirkungen haben, bildet aber nur einen Teil der Realität ab.

Ohne Eigentumsregeln kein Kapital

In Wirklichkeit fehlt es vielfach an Eigentumsregeln – und deshalb an der Fähigkeit, Kapital zu produzieren, kritisiert der Wirtschaftswissenschaftler Hernando de Soto. Er argumentiert: „Kapital ist das Lebensblut des kapitalistischen Systems, die Grundlage allen Fortschritts und jener Faktor, den die armen Länder der Welt offenbar nicht aus eigener Kraft schaffen können, egal, wie eifrig sich Menschen dort allen anderen Aktivitäten widmen, die ein kapitalistisches Wirtschaftssystem auszeichnen.“

Gestützt auf umfangreiche Forschungsergebnisse aus Asien, Afrika, dem Nahen Osten und Lateinamerika, weist de Soto nach, dass die meisten Armen bereits die Vermögensgegenstände besitzen, die sie brauchen, um im Kapitalismus erfolgreich zu sein. Selbst in den ärmsten Ländern sparen die Armen. „Tatsächlich haben die Ersparnisse der Armen einen immensen Wert: vierzigmal so viel wie alle ausländische Hilfe, die seit 1945 weltweit empfangen wurde.“

Der wirklich entscheidende Mangel ist aber jener an Eigentumsregeln. Häuser, die auf Grundstücken mit fragwürdigen Eigentumsverhältnissen gebaut sind; Nicht-Kapitalgesellschaften mit ungeklärter Haftung; Branchen, die für Finanziere und Investoren unsichtbar bleiben – sie prägen das Bild in den Ländern der Dritten Welt und vormals in vielen ehemals kommunistischen Staaten.

Vermögen führt Doppelleben

Da die Eigentumsverhältnisse nicht ausreichend dokumentiert sind, lassen sich die Vermögensgegenstände nicht so leicht in Kapital umwandeln. Sie können nur innerhalb enger lokaler Grenzen gehandelt werden, wo die Menschen einander kennen und vertrauen. Weder eignen sie sich als Sicherheiten für Kredite noch zur Ausgabe von Aktien an Anleger. De Soto hält dazu klar fest: „Im Westen dagegen ist jedes Grundstück, jedes Gebäude, jedes Gerät und jeder Lagerbestand in einem Eigentumsdokument reprä-

sentiert – als sichtbares Zeichen eines umfassenden verborgenen Prozesses, der alle diese Vermögensgegenstände mit dem Rest der Volkswirtschaft verbindet. Dank diesem Repräsentationsprozess sind Vermögensgegenstände in der Lage, neben ihrer materiellen Existenz ein unsichtbares Doppelleben zu führen. Sie können als Sicherheit für Kredite dienen.“

Totes Kapital

Fazit: Die Mehrheit der Einwohner der Länder der Dritten Welt hat zwar Besitztümer, doch ihr fehlt der Prozess, der erforderlich ist, um ihr Eigentum zu repräsentieren und Kapital zu schaffen. Wohltätigkeitsorganisationen haben so eindrücklich auf die Not und Hilflosigkeit der Armen in der Welt hingewiesen, dass niemand ihre Fähigkeit angemessen dokumentiert hat, Vermögensgegenstände anzusammeln. Der Wert des Vermögens ist enorm, das meiste jedoch „totes“ Kapital. De Sotos Fazit: „Die politischen Führer der Dritten Welt (...) müssen keine weiten Reisen unternehmen und in den Außenministerien und internationalen Finanzinstitutionen ferner Länder nach Reichtümern suchen. In den ärmsten Vierteln ihrer eigenen Städte liegen Dollarschätze in Billionenhöhe, die sie heben könnten, wenn sie den Schlüssel zu dem Geheimnis fänden, das die Verwandlung von Vermögensgegenständen in lebendiges Kapital umgibt.“

Potenzial durch Eigentum

Kapital ist eben nicht bloß die Summe der angesammelten Vermögensgegenstände, sondern die Summe der Möglichkeiten, des Potenzials, das sie zur Entfaltung neuer Produktion enthalten. Im Westen wird das Kapital durch einen impliziten Prozess geschaffen, der in den komplizierten Regelungen des formalen Eigentumssystems liegt. Die Vorstellung davon, was wir für die wirtschaftlich relevanten Eigenschaften eines Vermögensgegenstandes halten, wird von formalen Eigentumsurkunden und -dokumenten repräsentiert. Der leichte Zugang zu den Eigentumsmechanismen, durch die sich das wirtschaftliche Potenzial ihres

Vermögens so erfassen lässt, dass es damit einen größeren Wert in einem erweiterten Markt schaffen, sichern oder garantieren kann, fehlt den Armen im rechtsfreien Bereich. Ihr Lebensstandard steigt nur dann, wenn Recht und Eigentumssystem so reformiert werden, dass die Arbeitsteilung davon profitiert. Mangelnde Eigentumsrechte tragen damit klar zur Armut in den Dritte-Welt-Ländern bei.

Eigentum ist mehr als Besitz

Der peruanische Ökonom de Soto übt in diesem Zusammenhang auch Kritik an den Thesen von Karl Marx, die heute von der Anti-Kapitalismuskritik undifferenziert wiedergekaut werden: „Er (Karl Marx, Anm.) hat nicht recht verstanden, dass formales Eigentum nicht einfach ein Instrument der Aneignung ist, sondern auch ein Mittel, die Menschen zur Schaffung eines realen, zusätzlichen und nutzbaren Wertes zu motivieren. Überdies hat er nicht erkannt, dass die Vermögensgegenstände und die in sie investierte Arbeit durch die im Eigentumssystem selbst enthaltenen Mechanismen die Form gewinnen, die zur Kapitalbildung erforderlich ist.“ So sei es Marx verschlossen geblieben, wie sehr es im Interesse aller Menschen läge, den Kreis derer zu erweitern, die vom Eigentum begünstigt sind.

Formales Eigentum ist eben mehr als bloßer Besitz, bilanziert Hernando de Soto. Seine Ausführungen zeigen beispielhaft, warum Eigentum und seine Verbriefung für unser Wirtschafts- und Sozialmodell unverzichtbar ist. Das gilt besonders für unser Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft.

Wirtschaftliche Dynamik durch Privateigentum

Unser von der Sozialen Marktwirtschaft zur Ökosozialen Marktwirtschaft weiterentwickeltes Wirtschafts- und Sozialmodell steht für eine klare Erfolgsformel: Wirtschaftliche Freiheit und Leistungskraft bilden die Basis für Solidarität und Nachhaltigkeit.

Grundlegend für den Erfolg ist dabei, wie sich wirtschaftliche Freiheit realisieren kann. Je weniger es davon gibt, desto beschränkter sind die Wachstumsaussichten und damit das Verteilungspotenzial. Dies gilt insbesondere auch für die Freiheit zu Eigentum. Je weniger Eigentumbildung möglich ist bzw. je teurer sie wird, desto weniger kann gesichertes Eigentum für Wachstum und Wohlstand genützt werden. Je besser Eigentum gesichert und je besser Eigentumbildung möglich ist, desto mehr wirtschaftliche Dynamik zugunsten des Einzelnen und der Gesellschaft lässt sich entfalten.

Potenziale von Eigentum

Unsere Ökosoziale Marktwirtschaft lebt davon, dass es nicht nur Arbeitskraft und Wissen gibt, sondern auch Eigentum in Form von Wohnungen, Häusern, Grundstücken, Betrieben, Maschinen, Geld, Wertpapieren und vielem mehr. Wer Eigentum hat, kann entscheiden, was er damit macht. Man kann Eigentum verbrauchen oder man kann Einkommen damit generieren. Man kann Eigentum vermieten oder verpachten, es belasten, veräußern, verschenken oder vererben. Mit Eigentum lassen sich Arbeitsplätze schaffen.

Die Macht, über Eigentum zu verfügen, macht unabhängig und frei. Eigentum kann man gemäß seiner eigenen Interessen einsetzen, seine Familie damit fördern und erhalten, seine materielle Existenz sichern und ausbauen – Eigentum ermöglicht es einem, einfach mehr zu vermögen. Das ist wichtig in der Ökosozialen Marktwirtschaft. Je mehr Privateigentum es gibt, desto besser für die Gesellschaft.

Entdeckungsverfahren für Lösungen

Privateigentum garantiert, dass unabhängig voneinander viele Entscheidungen über das Angebot von Waren und Diensten sowie über Investitionen in neue oder erweiterte Produktionen und Dienstleistungen getroffen werden. „Das ist wichtig, weil

Entscheidungen immer mit Unsicherheiten oder Risiken behaftet sind. Sie können richtig, falsch oder teilweise richtig bzw. falsch sein. Wird nur von einer Stelle aus entschieden und entscheidet diese Stelle falsch, so ist alles falsch. Entscheiden dagegen viele, so werden manche Entscheidungen falsch, einige sehr gut und viele mittelmäßig sein, doch nach und nach wird die beste Entscheidung ihre Nachahmer finden und weniger gute Entscheidungen werden korrigiert. Das Privateigentum bietet die Grundlage für im Wettbewerb miteinander getroffene Entscheidungen, und die sind ein vorzügliches ‚Entdeckungsverfahren‘ für optimale und innovative Lösungen im Interesse der gesamten Gesellschaft“, heißt es dazu treffend im „Lexikon der Sozialen Marktwirtschaft“ der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Privateigentum ermöglicht es uns, unsere Gesellschaft aktiver, unternehmerischer, innovativer zu machen. Privateigentum gibt Zukunft.

Mehr Verantwortung durch Privateigentum

Privateigentum macht uns aber auch verantwortungsvoller. Es motiviert uns zu vernünftigen wirtschaftlichen Entscheidungen und zu deren bestmöglicher Umsetzung. Denn als Eigentümer haften wir natürlich für schlechte Entscheidungen mit Vermögens- oder Eigentumsverlusten.

Im privaten Eigentum und im Umgang damit konkretisieren sich viele Werte und Prinzipien, die für unsere Gesellschaft wichtig sind: Freiheit und Verantwortung, Leistung und Gegenleistung, Rechte und Pflichten. Damit wird deutlich, dass Eigentum nicht nur eine grundlegende ökonomische, sondern vor allem eine politische und ethische Kategorie ist. Das Eigentumsrecht ermöglicht es uns, für uns selbst verantwortlich zu sein. Nur wenn die Menschen privates Eigentum erwirtschaften und auch behalten dürfen, haben sie die tatsächliche Verfügungsmöglichkeit, die Grundlage der Freiheit ist.

Die Eigenverantwortung für sich selbst hat viele politikpraktische Dimensionen. Große Bedeutung gewinnt sie aber in einer demografisch alternden Gesellschaft, in der mehr Menschen denn je ihre Freiheit der Zukunft sichern wollen und sichern müssen.

Staat, Politik und Privateigentum

Der Schutz des Privateigentums ist für das Gelingen einer Ökosozialen Marktwirtschaft unverzichtbar. Darin besteht auch eine der zentralen staatlichen Aufgaben: Ein Staat, der Freiheit und Recht garantiert, muss zwangsläufig auch das Eigentum seiner Bürgerinnen und Bürger garantieren. Ob und in welchem Ausmaß der Staat dies tut, ist abhängig von politischen Entscheidungen.

Die im ersten Kapitel aufgezeigten eigentumsfeindlichen Tendenzen machen es notwendig, auf Basis eines politischen Vergewisserungsprozesses über die Bedeutung des Eigentums Eigentumpolitik als politische Herausforderung zu betrachten. Wir brauchen einen starken Staat, der Freiheit und Eigentum schützt – und deshalb nicht in die privaten Angelegenheiten der Bürgerinnen und Bürger hineinregiert oder ihnen gar ihr Eigentum streitig macht. Das Recht auf Eigentum darf nicht unterminiert werden. Es darf kein Recht zweiter Klasse werden.

Denn Eigentum gibt den Menschen Sicherheit, stärkt die Mitte gegenüber totalitären Tendenzen und ist die Grundlage für Solidarität. Eigentum ist ein Grund- und Menschenrecht. Es ist kein Zufall, dass es eine freie und solidarische Gesellschaft ohne privates Eigentum noch nicht gegeben hat.



Agenda für Eigentum

Eigentum ist nicht das Problem unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, sondern die Lösung. Eigentum bringt mehr Freiheit und Unabhängigkeit für den Einzelnen, mehr Sicherheit für Familien und mehr wirtschaftliche Dynamik für die ganze Gesellschaft. Eigentum sorgt dafür, dass wir als Einzelne und als Gesellschaft mehr vermögen.

Es wäre auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht ein Weg in die Sackgasse, zuzusehen, wie unser Verständnis von Eigentum weiter erodiert. Österreich braucht einen breiten Konsens darüber, wie wichtig Eigentum für den Erfolg unserer Ökosozialen Marktwirtschaft ist. Österreich braucht eine Agenda für Eigentum.

Wirtschaftsbildung fördern

Österreich braucht bessere Wirtschaftsbildung. Wer ökonomische Zusammenhänge nicht versteht, kann sie nicht nutzen – und wird rasch Opfer von Verschwörungstheoretikern. Wer ökonomische Zusammenhänge versteht, der versteht auch die Vorteile des Aufbaus von Eigentum. Vor allem die höheren Schulen brauchen Betriebswirtschaftslehre – am besten von Wirtschaftsakademikern unterrichtet – als Pflichtfach. Noch besser wäre es, mit Wirtschaftsbildung gleich in der 5. Schulstufe zu beginnen.

Wirtschaftsbildung ist auch ein Auftrag an die Medien. Dies gilt in Österreich vor allem für den öffentlich-rechtlichen ORF, der Arbeiterkammer-Konsumentenschutz überaus groß, Wirtschaftsanalyse aber auffallend klein schreibt. Auch die Privatmedien müssen ihren Informationspflichten besser nachkommen und dadurch das Wirtschafts- und insbesondere das Eigentumsverständnis der Bevölkerung fördern.

Gesetzlicher Eigentums-Check

Die Sicherung des Eigentums der Bürgerinnen und Bürger muss Priorität in der österreichischen Politik haben. Alle gesetzlichen Maßnahmen müssen vor ihrer Beschlussfassung dahingehend überprüft werden, welche Auswirkungen sie auf das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger haben. Maßnahmen, die eigentumsfeindliche Wirkungen haben, sind strikt zu unterlassen, da sie dem langfristigen Wohl der einzelnen Bürger und der Gesamtgesellschaft zuwiderlaufen.

Staatsziel Eigentumsförderung

Die Förderung des Privateigentums der Bürgerinnen und Bürger ist als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen. Das Grundrecht auf Eigentum darf kein Recht zweiter Klasse werden.

Keine Substanzbesteuerung

Steuerliche Maßnahmen, die Substanz besteuern, sind strikt abzulehnen. Sie sind eine Form staatlicher Enteignung. Dies gilt nicht nur für das Eigentum von Privatpersonen, sondern auch von Unternehmen. Vermögenssteuern entziehen – sogar in Verlustjahren – Kapital aus Unternehmen. Sie schwächen somit Eigenkapitalstruktur, Investitionen und Arbeitsplätze. Eingriffe in die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen sind generell zu verhindern. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten hätten Eigentumssteuern einen doppelt negativen Effekt.

50-Prozent-Grundsatz einhalten

Steuern und Abgaben sollen für sozialen Ausgleich sorgen. Dabei darf jedoch die Motivationsfunktion des Privateigentums nicht beschädigt werden. Im Bereich Steuern und Abgaben muss der Grundsatz gelten, dass nach Abzug aller Steuern und Abgaben dem Einzelnen mindestens die Hälfte des erwirtschafteten Einkommens bleiben muss. Die produktive Funktion des Privateigentums ist daran gebunden, dass Eigentumsrechte nicht beliebig, sondern verlässlich sind – bis in die Vererbung hinein.

Eigentümer und ihre Verantwortung stärken

Die Rolle der Eigentümer von Unternehmen ist zu stärken. Denn klare Rechte als Eigentümer bedeuten auch verlässliche Verantwortung. Dies war auch der Kern der sogenannten „Minder-Initiative“ in der Schweiz, die zur „Anti-Abzocker“-Maßnahme degradiert wurde. Ihr Kernanliegen: „Die Generalversammlung stimmt jährlich über die Gesamtsumme aller Vergütungen (Geld und Wert der Sachleistungen) des Verwaltungsrates (= Aufsichtsrat, Anm.), der Geschäftsleitung und des Beirates ab.“ Es ist das Recht der Eigentümer von Unternehmen – egal, ob das eine Person, wenige Personen oder eine Vielzahl an kleinen und großen Aktionären ist –, über die Entlohnung der angestellten Vorstände und Geschäftsführer zu entscheiden. Ihr Eigentum am Betriebsvermögen ist es, das bei Missmanagement auf dem Spiel steht. Es muss auch in Österreich gesichert werden, dass es keine Strukturen gibt, welche Eigentümerrechte und Eigentümerverantwortung behindern oder ausschalten. Eigentümer haben nichts zu verschenken. Und so handeln sie auch.

Vorsorgekultur ausbauen

Mit Blick auf die demografische Entwicklung bedarf Österreich einer neuen Vorsorgekultur. Immer mehr Menschen wollen selbstbestimmt alt werden. Eigentum spielt dabei eine Schlüsselrolle. Es muss weiterhin vererbbar sein. Wenn Eigentum nicht in

ausreichendem Maß nach dem Willen des Eigentümers vererbt werden kann, leidet nicht nur die Motivations- und Familienfunktion, sondern auch die Zukunftsvorsorge in Form von Kapitalbildung für die Gesellschaft insgesamt.

Privateigentümer werden eher zum Konsum im eigenen Interesse als zur Kapitalbildung im Interesse künftiger Generationen neigen, wenn das selbst gebildete Kapital nur sehr eingeschränkt den Erben übertragen werden kann. Die Weitergabe von Eigentum in Form von Erbschaften darf daher nicht steuerlich bestraft werden.

Wenn Privateigentümer ihr Eigentum weitestgehend so vererben, wie sie es wollen, unterstützt das nicht nur die ökonomische Nachhaltigkeit des Kapitalstocks, sondern auch die ökologische Nachhaltigkeit. Gerade das Denken in Generationen ist der beste Garant für eine nachhaltige Entwicklung im Sinn der Ökosozialen Marktwirtschaft.

Wohneigentum fördern

Eigentum heißt Freiheit. Eigentum gibt Sicherheit. Für einen selbst, für die ganze Familie. Dies wird besonders beim Wohneigentum deutlich.

Die Österreicherinnen und Österreicher sind ein Volk der Eigentümer. Gegenwärtig gibt es 2,191.100 Eigenheime und Eigentumswohnungen in Österreich. 60% des Gesamtbestandes sind Wohnungseigentümer bzw. Eigenheimbesitzer. Für sie darf es in Zukunft keine zusätzlichen Belastungen geben. Für viele junge Familien wird Eigentum aber immer unerschwinglicher. Es muss einfacher werden, Wohnungseigentum aufzubauen bzw. ein eigenes Haus zu kaufen oder zu bauen. Unnötige Kosten müssen beseitigt, intelligente Anreize geschaffen werden.

Für die erste eigene Wohnung soll es zu einer Abschaffung der Grunderwerbssteuer und der Eintragungsgebühr kommen. Durch einen Handwerker-Bonus sollen Arbeitskosten bis zu einer bestimmten Höhe steuerlich absetzbar sein. Damit werden Dienstleistungen deutlich günstiger. Bei offizieller Inanspruchnahme steht zudem eine Gewährleistung zu. Um Eigentumsbildung zu unterstützen, soll es eine neue Zweckwidmung für die Wohnbauförderung geben.

Unabhängige Wohnungseigentümer sind der bessere Weg als (politisch) abhängige Mieter. Der soziale Wohnbau soll nur sozial Bedürftigen zugänglich sein.

Einkommenssteuer senken

Österreich ist im internationalen Vergleich ein Höchststeuerland: Mit über 42% des BIP haben wir die weltweit achthöchste Steuer- und Abgabenbelastung der Gesamtwirtschaft. Dazu hat Österreich die sechsthöchste Staatsquote weltweit (über 50% des BIP an Staatsausgaben) und die mit Abstand höchste Transferquote der EU (34,4% des BIP an staatlichen Transferausgaben). Die Einkommensbesteuerung muss in den nächsten Jahren auf deutlich unter 40% gesenkt werden, damit mehr Geld für die Schaffung von Eigentum gespart und Darlehen für die Eigentumsbeschaffung finanziert werden können.

Marktmacht beschränken

Inhalt und Schranken konkreter Eigentumsrechte müssen so festgelegt werden, dass die Privateigentümer durch den Einsatz ihres Eigentums dann am besten verdienen, wenn sie positive Leistungen für die Nachfrager erbringen – und sich nicht über Marktmacht, Monopolbildung, Kartelle und Preisabsprachen bereichern. Wirksame gesetzliche Maßnahmen gegen Wettbewerbsbeschränkungen sind dafür ebenso notwendig wie offene Handelsgrenzen und globaler Wettbewerb.

Unternehmensfinanzierung weiterentwickeln

Zur Finanzierung von Unternehmen sind neue Eigenkapitalinstrumente zu nützen. Der Erwerb von Unternehmensanteilen ist steuerlich zu erleichtern und insbesondere im regionalen Bereich zu propagieren (z. B. regionale Beteiligungsfonds), wo ein direkter Bezug zwischen potenziellen Eigentümern und Unternehmen besteht.

Mitarbeiterbeteiligung forcieren

Die breite Eigentumsstreuung in Arbeitnehmerhand muss forciert werden. In Deutschland gibt es erfolgreiche Modelle, die auf freiwilliger Basis die Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an Betrieben ermöglichen. Über eine Million Menschen hat diese Chance schon genutzt. Deutschland fördert die Vermögensbildung für Arbeitnehmer, die unter bestimmten Einkommensgrenzen bleiben, mit der Arbeitnehmer-Sparzulage. In Österreich fehlt es nach wie vor an einem geeigneten breitenwirksamen Anreizsystem für Kapital- und Gewinnbeteiligung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von KMU sollen künftig am erwirtschafteten Erfolg der Unternehmen beteiligt werden, ohne dass Steuern die Gewinn-Sonderzahlung wieder „wegfressen“. Diese Form der Gewinnbeteiligung durch eine Gewinnausschüttung könnte mit 25% wie die Kapitalertragssteuer besteuert werden. Die Gewinnbeteiligung soll zusätzlich zu Lohn- und Gehaltserhöhungen und kollektivvertraglich festgelegten Lohn- und Gehaltssteigerungen gewährt werden und ist individuell und auf Basis der Freiwilligkeit mit dem Unternehmer zu vereinbaren. Unternehmen, die durch Mitarbeiterbeteiligung in breitem Eigentum stehen, sind Ausdruck einer selbstbewussten Eigentumskultur. Modelle der Mitarbeiterbeteiligung müssen das unternehmerische Risiko angemessen berücksichtigen.

Vermögensbildungsgesetz einführen

Unterschiedlichste Formen der Kapitalbeteiligung an Betrieben und alle Maßnahmen zur Erleichterung des Aufbaus von Wohnraum im Eigentum sind in einem eigenen Vermögensbildungsgesetz zu verankern. Das Vermögensbildungsgesetz ist zudem ein Signal für die Wichtigkeit und gesellschaftspolitische Erwünschtheit von Vermögen.

Entwertung von Eigentum verhindern

Jedwede Form der Entwertung von Eigentum ist gezielt zu verhindern. Kaufkraftverluste durch Inflation müssen gezielt bekämpft werden. Geldwertstabilität hat daher weiter das klare Ziel der europäischen Währungspolitik zu sein. Zum Euro gibt es keine Alternative. Ein Zerfall der Euro-Zone würde Österreich laut IHS 31,4 Mrd. Euro weniger Wohlstand bis 2016, 45,58 Mrd. Euro weniger Export bis 2016 und 188.400 neue Arbeitslose bis 2016 kosten.

Die kalte Progression im Steuersystem muss ausgeschaltet werden. Es ist zu verhindern, dass Lohnerhöhungen, die lediglich die Inflation ausgleichen, zu einem höheren Durchschnittssteuersatz führen. Die Kapitalertragssteuer auf Sparguthaben und Wertpapiere darf nicht erhöht werden. Eigentumssteuern sind auch deshalb zu verhindern, weil sie das Pensionsvermögen der Bevölkerung und damit die Sicherheit im Alter gefährden würden.

Geistiges Eigentum schützen

In der modernen Wissens- und Industriegesellschaft wächst die Bedeutung „geistigen Eigentums“. Vor allem junge und kleine Unternehmen sind existenziell von dessen Schutz abhängig. Die Rechte an geistigem Eigentum sind daher ausreichend zu schützen. Die Gratis-Kultur des Internet darf nicht die Sicherheit von Eigentumsrechten unterminieren.

Gerade innovative kleinere Unternehmen sind oft Opfer von Industriespionage. Wenn ihr exklusives Know-how nicht mehr in ihrem Eigentum ist, sind Wachstums- und Arbeitsplatzverluste vorprogrammiert. Österreich muss daher seine Anstrengungen bei der Bekämpfung von Industrie- und Wirtschaftsspionage erhöhen.

Persönlichkeits- und Datenschutz verbessern

Nicht der gläserne Bürger, sondern der gläserne und transparente Staat soll das Leitbild für modernes Verwaltungshandeln sein. Im Licht der modernen Informationstechnologien sind der Persönlichkeits- und Datenschutz der Bürgerinnen und Bürger laufend zu evaluieren und zu verbessern.

Eigentumsfördernde Entwicklungszusammenarbeit

Die Unterstützung von Ländern der Dritten Welt soll sich darauf konzentrieren, Beiträge zu leisten, damit auch arme Menschen bestehendes Eigentum rechtlich verbrieft nutzen können. Was den Armen fehlt, sind rechtlich integrierte Eigentumssysteme, mit denen sie ihre Arbeit und Ersparnisse in Kapital umwandeln können. Das eröffnet auch Österreich neue wirtschaftliche Perspektiven.



Literatur

Brandt, R. (2005):

Was ist Eigentum?

In: Eckl, A.; Ludwig, B. (Hrsg.) (2005): Was ist Eigentum? Philosophische Positionen von Platon bis Habermas.

München: C. H. Beck

Heinsohn, G.; Steiger, O. (2010):

Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaften.

Marburg: Metropolis

de Soto, H. (2002):

Freiheit für das Kapital. Warum der Kapitalismus nicht weltweit funktioniert.

Berlin: Rowohlt

Stocker, G.; Schöpf, C. (Hrsg.) (2008):

A New Cultural Economy. The Limits of Intellectual Property. Wenn Eigentum an seine Grenzen stößt.

Ostfildern: Hatje Cantz



Dr. Harald Mahrer ist Präsident der Julius Raab Stiftung. Der Unternehmer und politische Visionär studierte Betriebswirtschaft und promovierte an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er zählt zu den führenden Kommunikations- und Politikstrategen Mitteleuropas, forscht aktiv im Bereich Erneuerung der Demokratie und ist Autor zahlreicher Publikationen im Themenfeld Politik- und Demokratieentwicklung. Mahrer gründete den Thinktank [demokratie.morgen](#) und das METIS Institut für ökonomische und politische Forschung.



Dr. Harald Mahrer

Das Besteuern und Verhindern von Eigentum ist ein Anschlag auf den Mittelstand. Aus eigenständigen Bezahlern dürfen nicht abhängige Bezieher staatlicher Leistungen werden. Der Traum vom Eigentum etwa in Form eines Eigenheims muss erfüllbar bleiben. Sonst ist auch die Idee des sozialen Aufstiegs in Gefahr, die unser Wirtschafts- und Sozialmodell konstituiert. Österreich braucht eine starke Agenda für Eigentum.